

Die Bremer Reeder sind sauer auf Berlin

Kürzung der Beihilfen um die Hälfte „schwerer Schlag gegen die Wettbewerbsfähigkeit“ – Einflaggungen rückläufig

Die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise haben besonders die maritime Industrie hart getroffen.

Das ist für Thorsten Mackenthun, Vorsitzender des Bremer Rhedervereins, auch der Grund dafür, dass die im Rahmen des „Maritimen Bündnisses“ mit der Bundesregierung zugesagte Rückflaggung der Reeder unter die Bundesflagge derzeit stagniert und sogar rückläufig ist. „Die Zahl der Schiffe unter deutscher Flagge wird wieder steigen. Es braucht dafür aber eine stabile Weltwirtschaft und noch etwas Zeit, damit die Reeder ihre Zusage einhalten können“, sagte Mackenthun am Dienstag in Bremen auf dem 4. Bremer Rhederabend.

Mackenthun stellte fest, dass das Verhältnis zwischen der Bundesregierung und den Reedern derzeit nicht von Übereinstimmung gekennzeichnet sei. Er bezog sich dabei auf die Beteuerung des parlamentarischen Staats-



Mackenthun dankte der Senatorin für ihre Rede mit einem Blumenstrauß und einem Schälchen

sekretärs beim Bundeswirtschaftsminister, der gleichzeitig der Maritime Koordinator der Bundesregierung ist, dass die Bundesregierung zu ihren Aussagen im Rahmen des Maritimen Bündnisses stehe. Nur wenige Tage später sei aber durch die Bundesregierung verkündet worden, dass die Beihilfen für die deutsche

Seeschifffahrt um die Hälfte, nämlich von 57 Millionen Euro auf 28,5 Millionen Euro gekürzt würden. Das sei ein schwerer Schlag gegen die Wettbewerbsfähigkeit der Reeder, so Mackenthun, und es sei dadurch schwieriger geworden, Schiffe unter deutscher Flagge zu halten oder sie unter diese zu bringen. Hier bedürfe es einer

dringenden Nachbesserung, „denn das ist keine Kooperation, sondern eine kontraproduktive Maßnahme, für die eigentlich die Gewerkschaft ver.di auf die Straße gehen müsste“, so der Rheder-Vorsitzender.

Mackenthun betonte, dass trotz des „Lichts am Ende des Tunnels“, das die Reeder inzwischen wieder sähen,

die Folgen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise die maritime Industrie besonders hart getroffen hätten. Der Rhedervorsitzender verglich die Situation mit der „Havarie Grosse“ aus der Seeversicherung, bei der Schäden, die zur Rettung aus einer gemeinsamen Gefahr vorsätzlich zugefügt werden, auch gemeinschaftlich getragen werden müssen.

In ihrer Gastrede am Rhederabend stellte die Zweite Bürgermeisterin des Landes Bremen und dessen Finanzsenatorin Karoline Linnert (B'90-Die Grünen) fest, dass auch die abklingende Wirtschaftskrise an der Wachstumsstärke der Schifffahrt nichts ändern können. „Der Marktdruck hat der Bremer Schifffahrt nicht mehr anhaben können als anderen“, sagte die Politikerin. Ziel der Politik bleibe es, die fachlichen Kompetenzen der maritimen Branche weiter zu fördern. Der Bremer Rhederverband repräsentiert etwa 400 Schiffe verschiedener Typen. jm